



## Flüchtlinge in Frankreich erhoffen sich bessere Zeiten.

### Lob für den Heimleiter des Aufnahmezentrums der Heilsarmee am nördlichen Stadtrand von Paris

Das Aufnahmezentrum für Migranten und Flüchtlinge der Heilsarmee im Quartier Les Lilas am nördlichen Stadtrand von Paris strahlt nichts aus von der Not, welche die Bewohner und Bewohnerinnen hierher gebracht hat. Es handelt sich um ein ehemaliges Vier-Sterne-Hotel, welches das Hilfswerk erwerben konnte und in dem auch Büros ihrer Verwaltung untergebracht sind. Im Entree gleicht der Empfang einer Reception, in der Halle spielen ein paar afrikanische Kinder.

Der Direktor dieses Aufnahmezentrums für obdachlose Menschen in verschiedensten Notsituationen, Abdallah El Abadi (53), möchte nicht, dass durch diese Idylle ein falscher Eindruck entsteht. Es gebe keinen Grund, die in Zweierzimmern oder in der «Familienpension» (speziell für Frauen mit Kindern) untergebrachten Menschen aus aller Welt zu beneiden, sagt er. Das bezeugen einige von ihnen, die dank seiner Vermittlung ihre persönliche Geschichte erzählen. Der 23-jährige Amir A. aus Afghanistan schildert seine beschwerliche Flucht.

«Den Weg über den Iran, die Türkei, Griechenland, Serbien, Österreich, Italien bis nach Paris habe ich in vier Monaten praktisch zu Fuss zurückgelegt.» In den Augen des jungen Manns ist eine Mischung von Stolz über diese Leistung und Misstrauen zu erkennen. Wie die meisten Asylbewerber aus Afghanistan hatte Amir keine grossen Schwierigkeiten, bei der für die Flüchtlinge und Staatenlosen zuständigen Behörde OFPRA (Office Français pour les Réfugiés et les Apatrides) eine positive Antwort auf sein Gesuch zu erhalten. Jetzt wolle er sich rasch integrieren und einen Job im Verkauf finden. Er lernt fleissig Französisch dank Kursen von Studenten und ergänzt diese in der Bibliothek des Aufnahmezentrums.

Vor Taliban geflüchtet Heimleiter El Abadi zweifelt keine Sekunde daran, dass sein Schützling Amir es schaffen werde. Er steht beispielhaft für die Sonnenseite der französischen Flüchtlingspolitik. In der sehr sauberen Gemeinschaftsküche, die als Ort des interkulturellen Austauschs dient, bereiten ein Eritreer und ein Kurde je einen schmackhaft riechenden Eintopf. Auch sie haben lobende Worte für die Heilsarmee, die sich in Frankreich mit 2000 angestellten und 3000 ehrenamtlichen Helferinnen um Menschen in Not kümmern. Den Medien und den Behörden gegenüber aber sind auch sie sehr misstrauisch.

Sartaj S. kommt aus einer «tribal zone» in einem Grenzgebiet von Pakistan, er ist 41 Jahre alt. Sechs Jahre sei es bereits her, dass er aus seiner Heimat flüchten und seine beiden Kinder bei Verwandten zurücklassen musste. Die Taliban hätten seinen Bruder ermordet, und er selber sei bedroht worden, weil er in einer Informationskampagne für Polio-Impfung tätig war. Seine Frau sei kurz vor seiner Abreise gestorben.

Auf dem langen und äusserst beschwerlichen Weg nach Paris musste er immer wieder arbeiten, um das Geld für die Weiterreise zu verdienen, erzählt er. Heute ist er sichtlich mit den Nerven am Ende. «Sie behandeln uns wie Tiere», schimpft er in einem Englisch mit mittelöstlichem Akzent. Gemeint ist nicht die Heimleitung, für die Sartaj nur Lob und Dankbarkeit hat, sondern die französischen Behörden und vor allem die Polizeipräfektur. «Wenn ich die Metro nehme, werde ich immer wieder von der Polizei kontrolliert.

Ich zeige dann meine provisorische Bestätigung des Asylgesuchs. Aber die Polizisten geben mir deutlich zu verstehen, dass ich hier nicht willkommen bin.» Sein Status und damit seine rechtliche Lage ist allerdings etwas kompliziert. Ursprünglich wollte er nämlich via Calais über den Ärmelkanal wie so viele Englischsprachige nach Grossbritannien. «Ich habe während drei Monaten vergeblich versucht, mit einem Laster rüberzukommen.»

Das Resultat dieser erfolglosen nächtlichen Versuche, auf einen Laster aufzuspringen, ist ein bleibender Rückenschaden. Sartaj zeigt uns die Narben einer Operation. Von Calais aber wurde er schliesslich nach Paris zurückgeschickt, wo er sein Gesuch um Anerkennung als politischer Flüchtling einreichte. Weil seine Formulare über die Präfektur von Melun gingen, ist das jetzt seine administrative Anlaufstelle.

Melun liegt mehr als eine Stunde Bahnfahrt ausserhalb von Paris. Um dort nach der Anreise mit einem Beamten reden zu können, müsse er mehrere Stunden Schlange stehen, beschwert sich Sartaj. Noch ärgerlicher aber sei, dass er dann bloss gefragt werde: «Parlez-vous français?» Und da er das verneinen müsse, sei die Unterredung auch schon beendet, weil kein Dolmetscher zur Verfügung stehe. Auch sonst hat Sartaj wenig Hoffnung auf ein Entgegenkommen der Administration. Da er auf der Durchreise in Italien samt seinen Fingerabdrücken registriert wurde, ist er ein sogenannter «Dubliner».

Laut den Regeln des Dublin-Übereinkommens nämlich kann Frankreich den grundsätzlich als Flüchtling eingestuften Pakistaner Sartaj nach Italien abschieben, was dieser mehr als alles andere fürchtet. Diese «Dubliner» sind ganz speziell im Visier der französischen Migrationsbehörden, die von der Regierung gedrängt werden, alle aus Frankreich abzuschicken, die nicht ein unzweideutiges Anrecht haben, hier zu bleiben. Es sollen 40000 Flüchtlinge sein, die Frankreich so nach Italien und in andere EU-Staaten ausschaffen möchte. Zu diesem Zweck möchte der Innenminister Gerard Collomb, dass die Migrationsbehörden und die Polizei auch in Notunterkünften wie die der Heilsarmee Kontrollen vornehmen. Angst vor Strafe Heimleiter El Abadi lehnt dieses Ansinnen empört kategorisch ab: «Das widerspricht unserer Charta und dem geltenden Recht.

Wenn wir das akzeptieren, gefährden wir nicht nur das Vertrauen der Leute, die wir ohne Vorbedingungen beherbergen. Wir würden uns auch strafbar machen. Aus diesem Grund lehnen die humanitären Organisationen dieses Ansinnen und Zirkular des Innenministers geschlossen ab.» Ein Teil der betroffenen Hilfswerke hat deswegen eine verwaltungsgerichtliche Klage eingereicht. Sie wollen nicht zu «Hilfsheriffs einer Jagd auf Sans-Papiers» werden, welche die Regierung und der Präsident dann auch noch als besonders human verkaufen wollten.

Wie sehr sich aber die Bedingungen für alle ändern, die durch die Maschen der Asylpolitik und der sozialen Fürsorge fallen, wissen beispielsweise die Freiwilligen des Pariser Kollektivs «La Chapelle debout», das seinen Namen von der Metrostation La Chapelle bekam, in deren Nähe sie den im Norden der Hauptstadt gestrandeten Flüchtlingen jeden Morgen dank der Spenden von benachbarten Bäckern und anderen solidarischen Bürgerinnen ein Frühstück verteilen. Mehrfach aber habe in den letzten Monaten die Polizei mit fadenscheinigen Vorwänden (Probleme mit Abfall oder Menschenansammlungen) versucht, sie daran zu hindern, beschwerten sich die Mitglieder dieser von Hilfswerken oder Konfessionen völlig unabhängigen Gruppe. Und von der für den 22. Februar angekündigten Vorlage zur Revision der Immigrations- und Asylgesetzgebung erwarten sie fast nur Negatives. Die Beziehungen zwischen den Flüchtlingshelfern und der Staatsführung haben sich schon seit Monaten dramatisch verschlechtert.

Die Hilfswerke haben eine Vernehmlassung der Regierung, bei der es um die Asylpolitik ging, unter Protest geschlossen verlassen. Bei seinem Besuch in Calais hatte am letzten Dienstag Präsident Macron die «Humanitären» vor einer «falsch verstandenen Menschenfreundlichkeit» gewarnt und ihnen unterstellt, sie wollten seine Migrationspolitik sabotieren. Am Mittwoch protestierte eine Gruppe von Intellektuellen, von denen mehrere sich von Anfang an für Macrons Wahl als Präsident eingesetzt hatten, mit einem Offenen Brief in Le Monde: «Monsieur Macron, Ihre Politik widerspricht dem Humanismus, den Sie predigen!» Andere dagegen applaudieren und meinen, Macron mache jetzt, was selbst Nicolas Sarkozy nicht anzupacken gewagt habe. 100000 Asylgesuche in einem Jahr Paris. Rund ein Drittel der im Jahr 2017 registrierten 100412 Asylgesuche in Frankreich könnte aufgrund des Dubliner Übereinkommens eine Ablehnung und Abschiebung in ein EU-Land zur Folge haben.

2017 wurden bereits zusätzlich zu 6596 in Staaten ausserhalb der EU ausgewiesenen Migranten (+7 Prozent), 4589 (+37,5 Prozent) aufgrund der Dublin-Regel in ein EU-Land abgeschoben. Hinzu kommen zur Zahl der unfreiwillig Ausreisenden die EU-Bürger, die in ihr Herkunftsland (meistens Rumänien) heimkehren müssen (+9 Prozent). Laut Le Monde wurde im Vorjahr aber auch mit verschärften Kontrollen, hauptsächlich an der Grenze zu Italien, 85408 Menschen (+34 Prozent) die Einreise verweigert. Ausserdem sollen derzeit rund 20000 (meist in Notunterkünften) darauf warten, ihren Antrag einreichen zu können.

**Autor**

Quelle: Basler Zeitung (20.01.2018)

**Publiziert am**

22.1.2018